

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

Schwerpunkt:

Zielvereinbarungen

- Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Landesregierung
 - Zielvereinbarungen als Instrument strategischer Steuerung
 - Gebühren, Studienkonten und Bildungsgutscheine - die deutsche Diskussion im Überblick
 - Erfolgsfaktoren für den Aufbau eines zweigliedrigen Studiensystems am Beispiel der „Bildungspyramide“ am Campus 02
- Sozialgruppenspezifische Beteiligung an höherer Bildung (2)

5 | 2002

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

Editorial

161

Hochschulentwicklung/-politik

Klaus Palandt

Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen
und Landesregierung
Erfahrungen am Beispiel Niedersachsen

162

Jürgen Lüthje

Zielvereinbarungen als Instrument
strategischer Steuerung

168

Dieter Dohmen

Gebühren, Studienkonten und Bildungsgutscheine
- die deutsche Diskussion im Überblick

172

Christian Pongratz und Peter Hohegger

Erfolgsfaktoren für den Aufbau eines
zweigliedrigen Studiensystems am Beispiel
der „Bildungspyramide“ am Campus 02

179

Hochschulforschung

Elke Middendorff

Sozialgruppenspezifische Beteiligung an höherer
Bildung - Ein Phänomen mit Geschichte (Teil 2)

186

Meldungen/Berichte

Universität Bielefeld: Patenschaften statt
Zwangsberatung Patenschaften der Lehrenden
für Studierende im ersten Studienjahr

196

Projekte der Hochschulforschung

198

Rezension

Horst Siebert: Selbstgesteuertes Lernen und
Lernberatung (*Wolff-Dietrich Webler*)

IV

Zielvereinbarungen zählen zu den vielversprechenden, für den Hochschulbereich im Zuge steigender Autonomie bzw. des New Public Management wichtiger werdenden Steuerungsinstrumenten. Sie werden schon länger diskutiert - nun liegen Erfahrungen vor. Daher bringt das HSW einen Beitrag aus Sicht staatlicher Hochschulpolitik zum neuen Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen am Beispiel Niedersachsen und einen Beitrag aus Sicht der Hochschulen am Beispiel der Universität Hamburg mit Erfahrungen im Außenverhältnis zum Land Hamburg und im Innenverhältnis mit den Fachbereichen.

Die Erfahrungen des Landes Niedersachsen mit **Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Landesregierung** stellt der bisherige Leiter der Hochschulabteilung im niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, *Klaus Palandt*, in seinem Überblick vor. Nach einer Präzisierung, worauf sich Zielvereinbarungen genau erstrecken, geht er auf die niedersächsischen Spezifika und Erfahrungen ein, diskutiert die Schwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme und benennt die Erfolgsbedingungen, die dem Modell für sein Gelingen eingeräumt werden müssen.

Seite 162

Jürgen Lüthje, Präsident der Universität Hamburg, berichtet in einer Mischung aus praktischer Erfahrung und Reflexion über inneruniversitäre **Zielvereinbarungen als Instrument strategischer Steuerung** am Beispiel des Projekts Universitätsentwicklung (ProUni) der Universität Hamburg. Dabei handelt es sich - wie leicht erkennbar - um die Steuerung komplexer Systeme. Im Vergleich zu den traditionellen Steuerungsmöglichkeiten bietet das neue Modell der Zielvereinbarungen viel breitere Möglichkeiten der Anregung und Unterstützung von Eigeninitiative. Sowohl im Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen, wie zwischen Hochschulleitung und Fachbereichen müssen sich Zielvereinbarungen - so das immer wieder unterstrichene Credo des Autors - strikt auf strategische Ziele beschränken. Operative Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, haben in Zielvereinbarungen nichts zu suchen. Vereinbarungsgegenstand sind dringend fällige Änderungen, nicht die Fortschreibung des status quo; letzteres bedarf keiner Vereinbarung.

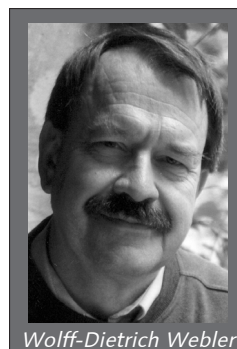
Seite 168

Die Hochschulpolitik diskutiert schon lange über Wege, die Studierenden an der Hochschulfinanzierung zu beteiligen bzw. die kostenfreie Verfügbarkeit für das eigene Studium zu quantifizieren und zeitlich oder vom Volumen her zu begrenzen. Nicht alle Modelle laufen auf Zahlungen der Studierenden hinaus. Die Alternativen sind vielfältig, die Argumentationen ebenso. Das HSW hat in Heft 3-2001 bereits über Studiengebühren in ökonomischer Perspektive berichtet. In seinem Beitrag **Gebühren, Studienkonten und Bildungsgutscheine - die deutsche Diskussion im Überblick** stellt *Dieter Dohmen* die verschiedenen Modelle differenziert dar, diskutiert ihre Legitimation, ihre Vor- und Nachteile und kommt zu zwei klaren Ergebnissen: Studiengebühren für Langzeitstudierende sind sowohl individuell, wie für die staatliche Seite kontraproduktiv und Bildungsgutscheine - flexibel ausgestaltet - könnten bei vergleichsweise

niedrigem Verwaltungsaufwand zu positiven Steuerungseffekten für Qualität und zu einer höheren Verteilungsgerechtigkeit als alle übrigen diskutierten Modelle führen.

Seite 172

Die österreichische Fachhochschule „Campus 02“, Graz, ist wie viele andere Hochschulen dabei, Bachelor- und Masterstudiengänge einzuführen. Unter Weiterentwicklung der Muster der „Handelshögskolan i Stockholm - HHS“ und der Mailänder „Universität Bocconi“ geht sie dabei z.T. neue Wege der Flexibilisierung des Übergangs von Bachelor- zu Masterstudiengängen in Form der Bildungspyramide; z.B. können mehrere unterschiedliche Bachelor-Studiengänge zu dem gleichen Masterstudiengang führen. Diese und andere **Erfolgsfaktoren für den Aufbau eines zweigliedrigen Studiensystems am Beispiel der „Bildungspyramide“ am Campus 02** stellen die Autoren *Christi-an Pongratz* und *Peter Hochegger* vor.



Wolff-Dietrich Webler

Seite 179

Im vorigen Heft 4-2002 des HSW war der erste Teil des Aufsatzes von *Elke Middendorff* erschienen, in dem sie aus der 16. Sozialerhebung die **Sozialgruppenspezifische Beteiligung an höherer Bildung - Ein Phänomen mit Geschichte** darstellt. Dazu stand im editorial u.a.: Die PISA-Studie hat deutlich gemacht, wie sozial selektiv das deutsche Schulsystem ist. Das wirkt sich natürlich auch auf den Hochschulbesuch aus. Die Folgen werden - viel zu wenig beachtet - regelmäßig in den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes sichtbar, die die HIS GmbH seit 1982 übernommen hat. Die Annäherung der Bildungschancen in Deutschland, die in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in der alten Bundesrepublik voran gebracht wurde (die diesbezügliche Politik der DDR verdient eine eigene Darstellung) hat vorschnell selbstzufrieden gemacht. Im 1. Teil des Aufsatzes ging es um Ungleichheiten im Erwerb der Hochschulreife und im Hochschulzugang. Im vorliegenden 2. Teil wird es um den je nach sozialer Herkunft unterschiedlichen Erfolg im Studium gehen.

Seite 186

Der Bericht **Universität Bielefeld: Patenschaften statt Zwangsberatung. Patenschaften der Lehrenden für Studierende im ersten Studienjahr** zeigt ein Modell, mit dem gleich mehrere Probleme der Hochschulen angegangen werden können. Seit dem Wintersemester 1999/2000 läuft an der Universität Bielefeld der Versuch, allen Studienanfängern die Möglichkeit zum Kontakt mit einem/einer bestimmten Lehrenden zu geben - unabhängig vom Vorlesungsbetrieb, unabhängig von der etablierten Studienberatung, unabhängig von Absprachen über Referate und von Klausurbenotung. Unter dem Label "Patenschaft" wurde versucht, einen Teil der Beratungsaufgaben bis zum Ende des 1. Studienjahres zu erfüllen, die sich aus § 83 (2) des nordrhein-westfälischen Hochschulgesetzes ergeben. W.W.

Seite 196